

Nr. 16/546

Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2005 (einschließlich Veränderungen im Produktgruppenhaushalt)

Mitteilung des Senats vom 15. März 2005
(Drucksache 16/571)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Nachtragshaushaltsgesetz 2005 in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Nachtragshaushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2005, den Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005 und den Nachtragshaushalt für den Produktgruppenhaushalt für das Jahr 2005 zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 16/547

Anhörung des Präsidenten des bremischen Rechnungshofs

Antrag des Abgeordneten Willy Wedler (FDP)
vom 11. März 2005
(Drucksache 16/567)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 16/548

Bremisches Landesmediengesetz (BremLMG)

Mitteilung des Senats vom 11. Januar 2005
(Drucksache 16/500)
2. Lesung

Der Antrag ist durch die Drucksache 16/568 erledigt.

Nr. 16/549

Bericht und Antrag des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten zu dem Gesetz zur Neufassung des Bremischen Landesmediengesetzes – Mitteilung des Senats vom 11. Januar 2005 (Drs. 16/500) vom 11. März 2005

(Drucksache 16/568)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung und nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten Kenntnis.

Nr. 16/550

Gesetz zu dem Abkommen über die Gemeinsame Zentrale Adoptionsstelle der Länder Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein

Mitteilung des Senats vom 22. Februar 2005
(Drucksache 16/545)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 16/551

Gesetz zur Bereinigung des bremischen Rechts

Mitteilung des Senats vom 7. Dezember 2004
(Drucksache 16/484)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 16/552

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) und des Einführungsgesetzes zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (EGOWiG)

Mitteilung des Senats vom 1. Februar 2005
(Drucksache 16/522)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 16/553

Überprüfung der Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft nach dem Stasi-Untertagegesetz

Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 28. Februar 2005
(Drucksache 16/554)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Nr. 16/554

Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Europa

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 14. Februar 2005
(Drucksache 16/538)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 8. März 2005

(Drucksache 16/561)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/555

Ergebnisse einer Schulleiterbefragung zum Thema Gewaltbelastung, Präventionsstrategie und Unterstützungsbedarfe

Mitteilung des Senats vom 15. Februar 2005
(Drucksache 16/540)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 16/556

Videoüberwachung fortsetzen

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 23. Februar 2005
(Drucksache 16/550)

Der Senat wird aufgefordert,

1. die Videoüberwachung am Bahnhofsvorplatz vorerst fortzusetzen bis zum Vorliegen einer ausführlichen Auswertung der Maßnahme und bis zum 1. Juni 2005 eine ausführliche Evaluation des bisherigen und des laufenden Überwachungszeitraums auch detailliert in seinem zeitlichen Verlauf vorzulegen, die zur Beurteilung der Wirksamkeit der Maßnahme Ausführungen beinhaltet u. a.
 - zu weiteren in die Beurteilung einzubeziehenden Aspekten wie etwa die veränderte Nutzung des Bahnhofsvorplatzes,
 - zu den genauen Orten der festgestellten und aufgeklärten Straftaten in Bezug auf das Kamerasichtfeld,
 - zu einer möglichen Verlagerung der Kriminalität vom Bahnhofsvorplatz an andere Orte,
 - zum notwendigen Personal- und Ressourceneinsatz der Polizei Bremen sowohl bei der Anwendung der Videoüberwachungstechnik selbst als auch im Hinblick auf eine mögliche Verdrängung und zu den diesbezüglichen Kosten,
 - zu den Auswirkungen auf das subjektive Sicherheitsgefühl der den Bahnhofsvorplatz nutzenden Bürgerinnen und Bürger.
2. Bis zum 1. Juni 2005 die Möglichkeit der Videoüberwachung an weiteren Kriminalitätsschwerpunkten zu prüfen.

Nr. 16/557

Aktionsplan kinderfreundliches Deutschland im Land Bremen umsetzen!

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 23. Februar 2005
(Drucksache 16/551)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration.

Nr. 16/558

26. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 19. März 2004

(Drucksache 16/189)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 26. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz Kenntnis.

Nr. 16/559

Stellungnahme des Senats zum 26. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz

Mitteilung des Senats vom 31. August 2004
(Drucksache 16/379)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats zum 26. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz Kenntnis.

Nr. 16/560

Bericht und Antrag des Rechtsausschusses zum 26. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz (Drs. 16/189) und zur Stellungnahme des Senats vom 31. August 2004 (Drs. 16/379) vom 25. Februar 2005

(Drucksache 16/553)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Rechtsausschusses bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechtsausschusses Kenntnis.

Nr. 16/561

Absage an Außenminister Fischer

Antrag (Entschließung) des Abgeordneten Siegfried Tittmann (DVU)
vom 1. März 2005
(Drucksache 16/555)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 16/562

„Giffliste“ verhindern!

Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann (DVU)
vom 1. März 2005
(Drucksache 16/556)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.